

Newsletter Oktober 2023

Heike Baehrens — für die SPD im Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser,

was gerade noch wie Zukunftsmusik klang – selbstfahrende Autos, von Chatbots verfasste Texte und Referate, aus der Ferne gesteuerte Operationsroboter –, ist plötzlich Realität. Während die einen – insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene – begeistert diese neuen Angebote nutzen, fühlen sich andere – vor allem Ältere – häufig von den schnellen Entwicklungen überrollt und fürchten um die Risiken, die kaum abschätzbar erscheinen: Wie sicher sind meine Daten? Wie fehlbar ist die Künstliche Intelligenz (KI)? Kann sie außer Kontrolle geraten?

Auch im Gesundheitswesen sind KI und Digitalisierung angekommen. Fast täglich gibt es neue Entwicklungen. Mittlerweile kann man zusätzlich zum therapeutischen Angebot etwa Apps zur Behandlung von Migräne oder Depression nutzen. Digitale Pflegeanwendungen, wie Sturzsensoren und spezielle Senioren-Tablets und -Apps, sind bereits wertvolle Unterstützer im Alltag von Pflegenden und Pflegebedürftigen. Doch das ist nur der Anfang. Digitalisierung und KI bergen ein enormes Potenzial für die gesundheitliche Versorgung. Mit ihrer Hilfe wird nicht nur das Pflegepersonal von Bürokratie entlastet; die strukturierte digitale Auswertung von Gesundheitsdaten kann sogar dabei helfen, Krankheiten zu verhindern, schneller zu

diagnostizieren und besser zu behandeln. In vielen Ländern wie Finnland, Israel oder Dänemark ist die Gesundheitsdatennutzung längst Alltag und hat die Qualität der Versorgung und die Handlungsfähigkeit des Gesundheitssystems (Stichwort: Corona-Pandemie) deutlich verbessert. Mit dem Digitalgesetz und dem Gesundheitsdatennutzungsgesetz setzt Deutschland nun zur Aufholjagd an. Herzstück der Gesetze wird die Etablierung der elektronischen Patientenakte (ePA) sein. Mit ihrer Hilfe haben Patientinnen und Patienten sowie Ärztinnen und Ärzte bald alle wichtigen Infos auf einen Blick bzw. Klick. Näheres dazu demnächst in meinem Newsletter.

Es ist wichtig, alle Perspektiven in diesen Entwicklungsprozess einzubeziehen und über die Chancen und Risiken aufzuklären, damit jede und jeder Einzelne eine informierte, selbstbestimmte Entscheidung darüber treffen kann, wofür die eigenen Daten genutzt werden sollen. Ich lade Sie herzlich ein, am 27. Oktober gemeinsam mit mir und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach in Uhingen über die Digitalisierung im Gesundheitswesen zu diskutieren.

Ihre/Eure

Heike Baehrens



An der Seite Israels



Die Bilder, die uns in den vergangenen Tagen aus Israel erreicht haben, bestürzen mich zutiefst. Nie zuvor in seiner 75-jährigen Geschichte war Israel einer solchen Welle terroristischer Gewalt und Brutalität ausgesetzt, wie seit den Morgenstunden des 7. Oktober.

Als SPD verurteilen wir die Gewalt der Terroristen aufs Schärfste. Israel hat das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich und seine Bürgerinnen und Bürger gegen diesen barbarischen Angriff zu verteidigen und die Sicherheit in und für Israel wiederherzustellen. Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seiner [Regierungserklärung am 12. Oktober 2023](#) zurecht festgestellt, dass es in diesem Moment für Deutschland nur den Platz fest an der Seite Israels gibt und zugleich noch einmal unterstrichen, dass die Sicherheit Israels deutsche Staatsräson ist. In der anschließenden Debatte hat der Deutsche Bundestag einstimmig in einem [fraktionsübergreifenden Antrag](#) ein wichtiges und notwendiges Zeichen unserer Solidarität mit Israel im Kampf gegen den Terror gesetzt.

Eine große Sorge gilt der geopolitischen Dimension des Konflikts. Es ist offensichtlich, dass ohne iranische Unterstützung die Hamas zu diesen beispiellosen Angriffen auf israelisches Territorium nicht fähig gewesen wäre. Unser Augenmerk liegt zudem auf dem Süden des Libanon. Wie die Hamas unterhält auch die Hisbollah enge Verbindungen in den Iran. Auch sie stellt das Existenzrecht Israels in Frage. Der Libanon, der durch das unselige Handeln der Hisbollah ohnehin schon destabilisiert ist, könnte an den Rand des Abgrunds geraten. Es droht ein verheerender Flächenbrand in der Region. Unser Fraktionsvorsitzender Rolf Mützen-

ich hat in [seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag](#) deutlich gemacht, dass wir alles versuchen müssen, um mithilfe der Diplomatie einen solchen Flächenbrand in der Region zu verhindern. Ebenso muss gewährleistet werden, dass das humanitäre Kriegsvölkerrecht gewahrt bleibt. Auch die Menschen in Gaza sind Opfer des Hamas-Terrors. Humanitäre Hilfe muss sie erreichen können.

Eines muss klar gesagt werden: Weder die Siedlungspolitik noch die schwindende Perspektive für eine Zwei-Staaten-Lösung rechtfertigt die Gewalt gegen unschuldige Frauen und Männer. Nichts, aber auch gar nichts, rechtfertigt den Terror der Hamas! Bilder von feiernden Sympathisanten der Hamas-Terroristen auf deutschen Straßen sind unerträglich und werden nicht toleriert. Wer eine Terrororganisation wie die Hamas unterstützt, der macht sich strafbar. Die Strafverfolgungsbehörden werden hier durchgreifen, auch mit Vereins- und Betätigungsverboten.

Die Bundesregierung wird weiter an diplomatischen Lösungen für die zahlreichen Konflikte der Region arbeiten. Ziel ist es auch weiterhin, dass Israelis und Palästinenser eines Tages Seite an Seite auf der Grundlage einer friedlich verhandelten Zwei-Staaten-Lösung leben können und den Menschen auf der israelischen und palästinensischen Seite ein Leben in Sicherheit, Freiheit, Würde und mit gleichen Rechten ermöglicht wird – auch wenn das heute weiter entfernt scheint denn je.



Arbeit lohnt sich – immer!

Wer arbeitet, muss mehr Geld zur Verfügung haben als jemand, der nicht arbeitet. Darin sind wir uns alle einig. Trotzdem wird gerade seit der Einführung des neuen Bürgergeldes immer wieder behauptet, dass Arbeitslose mit der staatlichen Unterstützung besser dastünden als hart arbeitende Mindestlohnbeziehende. Solche Behauptungen sind nicht nur faktisch falsch – sie sind auch unredlich und gefährlich, denn sie spielen Arbeitslose und Geringverdiener gegeneinander aus.

Absicherung durch das Bürgergeld

Das Bürgergeld sichert ein menschenwürdiges Existenzminimum – nicht mehr und nicht weniger. Wer davon leben muss, kann sich keine großen finanziellen Sprünge leisten, kann nichts ansparen, keine großen Pläne für die Zukunft machen. Daran wird auch die Erhöhung des Bürgergeldes im kommenden Jahr nichts ändern, die wegen der inflationsbedingten Preissteigerungen geboten war. Die Pflicht zur Aufnahme zumutbarer Arbeit bei Leistungsbezug bleibt bestehen. Wer zumutbare Arbeit oder Angebote zur Qualifizierung ablehnt oder seine Mitwirkung verweigert, muss mit Leistungskürzungen rechnen. Es stimmt also nicht, dass man auf Kosten des Staates einfach auf der faulen Haut liegen kann.

Arbeit macht den Unterschied

Wenn man arbeitet, steht man finanziell immer besser da als mit dem Bezug von Sozialleistungen. In dieser Legislaturperiode haben wir allerhand Maßnahmen beschlossen, um die Situation der Geringverdiener weiter zu verbessern: Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro und dem Beschluss, den Mindestlohn regelmäßig anzupassen, haben wir wichtige sozialdemokratische Versprechen eingelöst, deren positive Effekte viele direkt spüren. Niedrigere Steuern und Sozialversicherungsbeiträge für Geringverdienende ohne Abstri-

che bei der Rente sind zusätzliche Anreize zu arbeiten. Haushalte mit geringem Einkommen haben außerdem Anspruch auf ein deutlich erhöhtes Wohngeld. Arbeitende Eltern profitieren von der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlages.

Erst diese Woche hat Arbeitsminister Hubertus Heil Maßnahmen vorgestellt, mit deren Hilfe arbeitslose ukrainische Geflüchtete schneller in Arbeit vermittelt werden sollen. Hauptziel ist, die Unternehmen davon zu überzeugen, ihre dauerhaft vakanten Fachkräftepositionen mit gut qualifizierten Geflüchteten zu besetzen, auch wenn diese nicht perfekt Deutsch sprechen.

Seit der Einführung des Bürgergeldes gibt es für Menschen, die arbeiten, aber so wenig verdienen, dass sie ergänzend auf Grundsicherung angewiesen sind, höhere Einkommensfreibeträge: Wer 520 bis 1000 Euro verdient, bekommt 30 Prozent davon nicht angerechnet. Wer sich anstrengt und arbeitet, hat durch die Freibeträge also immer mehr.

Dennoch gilt: Ein Mindestlohn bleibt ein Mindestlohn und ist kein guter Lohn. Er wird meist in Branchen gezahlt, ohne die der Laden nicht laufen würde. Diese Arbeit muss wertgeschätzt werden, auch finanziell. Wir werden uns weiter für bessere Löhne einsetzen.

Eine solidarische Gesellschaft darf niemanden hängen lassen, der in Not geraten ist, und muss gleichzeitig diejenigen im Blick behalten, die ihren Beitrag für die Gemeinschaft leisten. Genau das tun wir. Es bleibt dabei: Arbeit lohnt sich. Wer einen noch höheren Lohnabstand möchte, der sollte für höhere Löhne kämpfen, statt den Ärmsten das Existenzminimum abzusprechen.



Pflegeprofession stärken

Gute Pflege sicherzustellen, gehört derzeit zu den größten gesundheitspolitischen Herausforderungen. Der Bedarf an professioneller Pflege steigt, während die Zahl der Fachkräfte sinkt – und die Lage spitzt sich weiter zu. Mit dem Pflegestudiumstärkungsgesetz, das wir diese Woche im Bundestag beschlossen haben, bringen wir Maßnahmen auf den Weg, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Pflegestudium attraktiver machen

Wir verbessern die Rahmenbedingungen der hochschulischen Ausbildung und machen das Pflegestudium damit für eine größere Zielgruppe attraktiver. So wird den Studierenden fortan eine angemessene Ausbildungsvergütung für die gesamte Dauer des Studiums gezahlt. Die Vergütung orientiert sich dabei an den Gehältern für Auszubildende der beruflichen Ausbildung. Das ist wichtig, denn auch Menschen ohne finanzielle Rücklagen oder ein wohlhabendes Elternhaus sollen sich das Pflegestudium leisten können. Auch der praktische Teil des Pflegestudiums wird nun verlässlich finanziert. Einrichtungen haben somit einen größeren Anreiz, auch Studierende auszubilden, da die Kosten wie bei der beruflichen Ausbildung über den Ausbildungsfonds erstattet werden. Die Inhalte des Studiums werden modernisiert und digitalisiert. Digitale Unterrichtsformate und Kompetenzen werden fest verankert.

Kompetenzerweiterung für die Pflegeprofession

Professionelle Pflegekräfte sind schon lange bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen und Tätigkeiten auszuüben, die bei uns in Deutschland bislang nur Ärztinnen und Ärzte vorbehalten sind. Denn qualifizierte Pflegekräfte verfügen über die entsprechenden Fähigkeiten. Es freut mich ganz besonders, dass es im parlamentarischen Verfahren gelungen ist, die eigenverantwortliche und selbstständige Ausübung heilkundlicher Tätigkeiten – die sogenannte Heilkundeübertragung – in die hochschulische Pflegeausbildung zu integrieren. Das gilt zunächst für die Indikationen Diabetes, chronische Wunden und Demenz, denn sie sind im pflegerischen Alltag von besonderer Relevanz.

Mit diesem ersten Schritt sorgen wir für doppelten Fortschritt: Pflegekräfte erhalten ein größeres Handlungsspektrum, mehr Verantwortung, mehr Wertschätzung und Ärztinnen und Ärzte werden entlastet. Auch den erfahrenen Pflegefachkräften ohne Studium muss zugetraut werden, eigenverantwortlich heilkundliche Aufgaben zu übernehmen. Gut, dass Minister Karl Lauterbach bereits ein entsprechendes Gesetz angekündigt hat.

Schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, benötigen wir auch Arbeitskräfte aus dem Ausland. Mit dem neuen Gesetz soll die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfacht und vereinheitlicht werden. 16 unterschiedliche Verfahren in den Ländern sind weder hilfreich noch sachgerecht. Deswegen werden Umfang und Form der vorzulegenden Unterlagen zukünftig bundesweit einheitlich geregelt.

Ausbau von Kinderkrankentagen

Wir haben das parlamentarische Verfahren auch genutzt, um familienpolitische Anliegen auf den Weg zu bringen. Es ist ein sozialdemokratischer Erfolg, dass Familien mit erkrankten Kindern in den nächsten Jahren besser unterstützt und abgesichert werden. Die in der Pandemie eingeführte Ausweitung der Kinderkrankentage von 10 Tagen pro Kind und Elternteil auf 15 Tage bzw. 30 für Alleinerziehende wird in den Jahren 2024 und 2025 weitergeführt. Damit einhergehend wird auch das Kinderkrankengeld ausgeweitet. Das alles sind gute und wichtige Regelungen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Behandlungs- und Heilungsprozesse der Kinder bestmöglich zu unterstützen.

Pflege, das ist nicht nur ein Job für Menschen, die gern anderen helfen – es ist eine anspruchsvolle Profession mit breitem Aufgaben- und Verantwortungsspektrum. Mit diesem Gesetz machen wir das Pflegestudium zu einer echten Alternative zu anderen akademischen Gesundheitsberufen und geben Pflegekräften neue Karriereperspektiven.

Der Landkreis zu Besuch in Berlin



Frühstück im Bundestag mit der Schülerin Anne Lässig aus Uhingen. Anne war mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) ein Jahr in den USA. Während wir gemeinsam durch ihr Erinnerungsalbum geblättert haben, hat sie mir von ihren spannenden Erlebnissen berichtet.

Eine große Gruppe aus dem Landkreis zu Besuch in Berlin. Dabei waren u.a. die Grünen Damen von den Alb Fils Kliniken, Vertreter:innen des Kreisjugendrings Göppingen und des Stadtjugendrings Geislingen sowie eine Gruppe der Stiftung Haus Lindenhof.



Große Resonanz fand die Wirtschaftskonferenz der SPD-Bundestagsfraktion. Diesmal mit der Präsidentin der IHK Göppingen Edith Strassacker und dem Geschäftsführer der EWS Weigele GmbH & Co. KG Matthias Weigele. Toll, dass auch unser Landkreis vertreten war!



Einladung zum Polittalk

“Der Mensch im Mittelpunkt - Digitalisierung im Gesundheitswesen”

mit
Prof. Dr. Karl Lauterbach, MdB
Heike Baehrens, MdB
und Gästen aus dem Gesundheitsbereich

Freitag, 27.10.2023
16:30 Uhr
UDITORIUM
Uhingen

**Anmeldung bis
23.10.2023 mit
Angabe von
Geburtsdatum und
-ort unter:
heike.baehrens.wk@
bundestag.de**

Termine

Dienstag, 24. Oktober
17:00 Uhr
Besuchergruppe aus dem Betreuungswahlkreis Stuttgart II und politische Gespräche Berlin

Mittwoch, 25. Oktober
18:30 Uhr
Fraktion vor Ort „Reform Medizinische Versorgung im ländlichen Raum – Was bedeutet die Krankenhausreform für unsere Region?“ gemeinsam mit Hannes Walter, MdB Finsterwalde

Donnerstag, 26. Oktober
15:00 Uhr
Bürgersprechstunde
Bürgerbüro im Roth-Carrée, Göppingen

Freitag, 27. Oktober
16:30 Uhr
Veranstaltung „Der Mensch im Mittelpunkt – Digitalisierung im Gesundheitswesen“ mit Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach Uditorium, Uhingen

Sonntag, 29. Oktober bis Samstag, 4. November
Delegationsreise der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe und Deutsch-Koreanisches Forum in Busan Südkorea

Montag, 6. November bis Freitag, 10. November
Sitzung des Deutschen Bundestages

Samstag, 11. November
19:00 Uhr
Prunksitzung der Narrenzunft Furchenrutscher e.V. Rechberghausen Rechberghausen

Montag, 13. November bis Freitag, 17. November
Sitzung des Deutschen Bundestages

Samstag, 19. November
11:00 Uhr
Vernissage der Ausstellung von Iris Kölle und Barbara Küpper
Bürgerbüro im Roth-Carrée, Göppingen

Bürgerbüro
Roth Carrée Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74
heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159
heike.baehrens@bundestag.de

